

Protokoll der 6. Sitzung des Studierendenparlamentes vom 08. und 19.12.2011

Protokoll: Jan Vahlenkamp

Anwesende: Ingo Balzereit, Gunhild Berdal, Nadine Berger, Martin Burmester, Leona Faulstich, Thomas Gniffke, Bilal Gülbas, Luise Günther, Phillipp Hamer, Franziska Hildebrandt, Olaf Huth, Umut Ibis, Njuscha Khalili, Sergius Kirsch, Andreas Koopmann, Indi Kryg, Daniel Lentfer, Isabel Marcin, Louise Marx, Ilka Mohrholz, Till Petersen, Martin Riecke, Simon Rost, Thomas Scholz, Sascha Schultz, Paula Sepehr, Golnar Sepehrnia, Dennis Siefer, Arne Stamer, Florian Steen, Simon Stülcken, Vivien Thom, Konstantin Trybytsov, Jan Vahlenkamp, Tobias Weber

Entschuldigt: Swantje Böttcher, Veronika Faltermeier, Daniel Oetzel, Katja Weiden

Abwesend: Shiva Amiri, Timo Hempel, Martin Meng, Olaf Rohrmann, Morlin Schmerfeld, Fabian Schnack, Miriam Silaschi, Lisa Wigger

TEIL A

TOP 0 Formalia (60 Min.)

1. Geschäftsbericht Präsidium

Ilka Mohrholz berichtet aus dem Präsidium. Es beschäftigte sich hauptsächlich mit der StuPa-Wahl. Sie berichtet, dass die Wahlunterlagen pünktlich zum 5.12. verschickt wurden. Des Weiteren sind fünf Wahlhelfende eingestellt worden. Die Informationsmaterialien werden ebenfalls verteilt und ausgehangen.

2. Anfragen an das Präsidium

Artur Brückmann stellt eine Frage zur Verwendung des AStA-Logos zum Zweck der Wahlwerbung.

3. Geschäftsbericht AStA

Luise Günther berichtet von den Vorbereitungen des Campus Open-Airs und einem Treffen des Ausschusses gegen Rechts mit „Laut gegen Nazis“. Außerdem berichtet sie von einem Treffen mit Rechtsanwalt Schaller betreffend der Vertretung der studentischen Hilfskräfte in Personalräten. Darüber hinaus berichtet sie von verschiedenen AStA-Initiativen zu verschiedenen Themen betreffend der Studienordnungen. Einen Vergleich zwischen Frauen und Nazis, wie auf einer vergangenen AStA-Sitzung geschehen, bezeichnet Luise als unangemessen.

Jan-Peter Jannack berichtet aus dem Öffentlichkeitsreferat.

Martin Riecke berichtet aus dem Ökologie-Referat.

Leona Faulstich berichtet aus dem Referat für Gleichstellung, Antidiskriminierung und Internationales.

Bilal Gülbas berichtet aus dem Referat CampusLeben.

4. Anfragen an den AStA

Franziska Hildebrandt stellt eine Nachfrage zur „Nacht der aufgeschobenen Hausarbeiten“ und meint, dass die letzte AStA-Sitzung Konsequenzen nach sich ziehen müsste. Till Petersen fragt nach „originären“ AStA-Aktivitäten, nach der Meinung des AStAs zum Pokern und ob die Äußerung auf der letzten AStA-Sitzung überraschend kam. Sascha Schultz fragt, ob über eine Entlassung Daniel Oetzels nachgedacht wurde. Artur Brückmann fragt, welche Konsequenzen der AStA aus der Verwendung seines Logo zu Wahlkampfzwecken zieht.

Bilal Gülbas erklärt, dass er Spekulationen über das Pokern nicht wichtig findet und lädt zur Theater-Revue am 20.01. ein. Luise Günther berichtet von originären AStA-Aktivitäten und sagt, dass bezüglich der Äußerung auf der letzten AStA-Sitzung, sowie der Verwendung des AStA-Logos bislang noch keine Konsequenzen vorgesehen sind.

Jan-Peter Jannack erläutert die „Nacht der aufgeschobenen Hausarbeiten“.

Till Petersen fragt nach einem Bericht aus dem HoPo-Referat und fragt Jan-Peter, ob man nicht auch mal eine „Nacht des Klausuren-Tausch“ machen kann.

Konstantin Tribytsov berichtet aus dem Referat für Hochschulpolitik.

Gunhild Berdal stellt eine Nachfrage nach einer islamischen Bewegung. Bilal Gülbas erklärt, mit dieser Bewegung nichts zu tun zu haben.

5. Dringlichkeitsanträge des AStA

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

6. Aktuelle Stunde

Golnar Sepehrnia beantragt eine Diskussion über die Notwendigkeit eines Verbots der NPD.

Luise Günther beantragt den „zivilisierten Wahlkampf“ zu besprechen. Sie zieht den Antrag wieder zurück.

Damit folgt eine Debatte über das NPD-Verbot.

7. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Anwesende: Ingo Balzereit, Gunhild Berdal, Nadine Berger, Martin Burmester, Leona Faulstich, Thomas Gniffke, Bilal Gülbas, Luise Günther, Phillipp Hamer, Franziska Hildebrandt, Olaf Huth, Umut Ibis, Njuscha Khalili, Sergius Kirsch, Andreas Koopmann, Indi Kryg, Daniel Lentfer, Isabel Marcin, Louise Marx, Ilka Mohrholz, Till Petersen, Martin Riecke, Simon Rost, Thomas Scholz, Sascha Schultz, Paula Sepehr, Golnar Sepehrnia, Dennis Siefer, Arne Stamer, Florian Steen, Simon Stülcken, Vivien Thom, Konstantin Trybytsov, Jan Vahlenkamp, Tobias Weber

Entschuldigt: Swantje Böttcher, Veronika Faltermeier, Daniel Oetzel, Katja Weiden

Abwesend: Shiva Amiri, Timo Hempel, Martin Meng, Olaf Rohrmann, Morlin Schmerfeld, Fabian Schnack, Miriam Silaschi, Lisa Wigger

Von den 47 Parlamentarier*innen sind 36 anwesend. Damit ist das Parlament beschlussfähig.

8. Feststellung der endgültigen Fassung des Teils B der Tagesordnung

Vorschlag des Präsidiums:

TEIL B Tagesordnung

TOP 1 Nachwahl Ausschuss gegen Rechts	(15 Min.)
TOP 2 Antrag Gründung eines FSRs [V1]	(15 Min.)
TOP 3 Antrag Vegan [V3]	(15 Min.)
TOP 4 Antrag Jobvermittlung Studierende [V4]	(15 Min.)
TOP 5 Antrag Frauen VV [V5]	(15 Min.)
TOP 6 Antrag Heiter Weiter [V6+V7]	(15 Min.)
TOP 7 Antrag Chile [V8]	(15 Min.)
TOP 8 Antrag Listendarstellung [V9]	(15 Min.)
TOP 9 Antrag Gebühren weg konsequent [V10]	(15 Min.)
TOP 10 Antrag Zivilwahlkampf [V11]	(15 Min.)
TOP 11 Verschiedenes	(3 Min.)

Änderungsanträge zur Tagesordnung:

Änderungsantrag von Luise Günther

- TOP 1 zu TOP 10
- TOP 5 zu TOP 1
- TOP 4 zu TOP 3



- TOP 6 zu TOP 4
- TOP 3 zu TOP 5
- TOP 7 zu TOP 6
- TOP 8 zu TOP 7
- TOP 9 zu TOP 8
- TOP 10 zu TOP 9

Änderungsantrag von Till Petersen

- TOP neu 8 (in Luises Änderungsantrag) zu TOP neu 9

Der Antrag von Luise wird bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Der Antrag von Till wird mit vielen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen abgelehnt.

Die geänderte Tagesordnung wird mit wenigen Gegenstimmen/Enthaltungen angenommen.

Endgültige Tagesordnung:

TEIL B Tagesordnung

TOP 1 Frauen-VV

TOP 2 Gründung eines FSRs

TOP 3 Jobvermittlung

TOP 4 Chile

TOP 5 Vegan

TOP 6 Listendarstellungen

TOP 7 Zivilwahlkampf

TOP 8 Heiter weiter

TOP 9 Gebühren weg



TOP 10 Nachwahl Ausschuss gegen Rechts

TOP 11 Verschiedenes

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Es gibt keine weiteren Kommentare zum Protokoll der vergangenen Sitzung.

Das Protokoll wird bei einigen Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Teil B

TOP 1 Frauen-VV

Franziska Hildebrandt bringt den Antrag ein. Es folgt eine Debatte.

Der Antrag wird bei wenigen Enthaltungen und ohne Gegenstimmen angenommen.

TOP 2 Gründung eines FSRs PEP-Master

Mehrere Vertreter*innen des zu gründenden FSRs stellen ihr Anliegen vor.

Es gibt keine weiteren Rückfragen. Der HoPo-Referent Konstantin Trybytsov spricht sich für die Anerkennung des neuen FSRs aus.

Der Antrag wird einstimmig, ohne Enthaltungen angenommen.

TOP 3 Jobvermittlung Studierende

Gunhild Berdal stellt den Antrag vor. Es folgt eine Debatte.

Konstantin Trybytsov stellt einen Änderungsantrag:

„Das StuPa-Präsidium wird aufgefordert, folgenden Text der Agentur für Arbeit zukommen zu lassen:

Das Studierendenparlament protestiert gegen die Schließung der

„Studentenvermittlung“, die insbesondere zur Vermittlung von Jobs an Studierende ohne deutschen Pass zuständig war, bei der Agentur für Arbeit Hamburg am 30.11.2011. Wir fordern die Agentur für Arbeit auf, die „Studentenvermittlung“ wieder zu öffnen und Verbesserungen der Arbeitsvermittlung vorzunehmen, d.h. den Studierenden eine finanzielle Absicherung des Studiums mit fairen Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.“

Till Petersen macht darauf aufmerksam, dass zunächst beide Grundlagen gegeneinander abgestimmt werden sollten. Es gibt keine Gegenrede.

Der Änderungsantrag von Konstantin Trybytsov wird bei vielen Ja- und einigen Nein-Stimmen angenommen.

Thomas Gniffke stellt einen Änderungsantrag an die jetzige Grundlage: Einzufügen sei zu Satz 2 vom Wort „und“ bis zum Wort „Verbesserungen“: „in Zusammenarbeit mit dem AstA“ Der Antragsteller übernimmt diesen.

Golnar Sepehrnia stellt den Änderungsantrag, in Zeile 10 einzufügen: „Keine“ zentrale, einschlägige Jobvermittlung ist auch keine Lösung.“ Der Änderungsantrag wird bei einigen Ja- und vielen Nein-Stimmen abgelehnt.

Golnar Sepehrnia stellt den Änderungsantrag, am Ende des letzten Absatzes einzufügen: „Die „Jobberhöhle“ sollte auch wieder in die Nähe des Campus der UHH (bzw. der SUB) ziehen, um eine größere Bekanntheit und Offenheit für Studierende zu gewährleisten.“ Der Änderungsantrag wird bei einigen Ja- und vielen Nein-Stimmen abgelehnt.

Gunhild Berdal stellt einen Änderungsantrag. So soll beim letzten Absatz fett gedruckt eingefügt werden: „Davon unberührt“. Konstantin Trybytsov hält eine Gegenrede. Der Änderungsantrag wird bei einigen Ja-Stimmen und vielen Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Gesamt-Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 4 Chile [V8]

Luise Günther stellt den Antrag vor. Es gibt einen Änderungsantrag von Franziska Hildebrandt und Umut Ibis, in Zeile 2 die Worte „und friedlich“ sowie in Zeile 4 die Worte „vor allem“ zu streichen. Der Änderungsantrag wird nicht übernommen.

Es folgt eine Debatte.

Golnar Sepehrnia stellt einen Ergänzungsantrag.

„Wir, die Studierendenschaft der Universität Hamburg, unterstützen die Proteste, weil die Überwindung der zynischen Privatisierungspolitik aus der Pinochet-Ära auch für uns ein Signal ist, kompromisslos gegen die neoliberale Deformation des Bildungssystems vorzugehen. Bildung soll der Demokratie und der Emanzipation dienen und nicht der sozialen Spaltung und ökonomischen Gewinnen. Wir begrüßen den Mut und die Konsequenz der chilenischen Studierenden und begreifen sie als Vorbild.“

Franziska Hildebrandt stellt einen GO-Antrag auf Wiedereröffnung der Redeliste. Dieser wird bei einigen Ja-Stimmen und wenigen Enthaltungen abgelehnt.

Der Ergänzungsantrag von Golnar wird bei einigen Ja-Stimmen, vielen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen abgelehnt.

Der Änderungsantrag von Franziska und Umut wird bei einigen Ja-Stimmen, vielen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen abgelehnt.

Fraktionspause CampusGrün

Fraktionspause EPB-Liste

Der Antrag wird bei wenigen Enthaltungen und keiner Gegenstimme angenommen.

TOP 5 Vegane Mensa [V3]

Jana Tereik von der Initiative Vegane Mensa stellt den Antrag vor. Es folgt eine Debatte.

Golnar Sepehrnia stellt einen Ergänzungsantrag:

„Das Studierendenparlament bekräftigt in diesem Zusammenhang auch seine Forderung nach der vollen Wiederherstellung der staatlichen Mensasubventionierung in Höhe von ursprünglich 5 mio. €.“

Der Ergänzungsantrag wird mit einigen Ja-Stimmen, einigen Enthaltungen und vielen Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag wird mit vielen Ja-Stimmen, keinen Gegenstimmen und wenigen

Enthaltungen angenommen.

TOP 6 Listendarstellung [V9]

Golnar Sepehrnia stellt den Antrag vor. Es folgt eine Debatte. Ilka Morhholz erläutert die Vorgehensweise des Präsidiums.

Der Antrag wird bei einigen Ja-Stimmen, wenigen Enthaltungen und vielen Gegenstimmen abgelehnt.

TOP 7 Zivilwahlkampf [V11]

Till Petersen stellt den Antrag vor und fügt in Zeile 3 zwischen „und“ und „ihren“ ein „ggf.“ ein. Der Punkt 5 wird gestrichen. Es folgt eine Debatte.

Die Beschlussfähigkeit des Parlaments wird um 0:03 Uhr überprüft.

Der Antrag wird bei einigen Für- und mehreren Gegenstimmen abgelehnt.

Luise Günther stellt einen **GO-Antrag** auf die Vorziehung von TOP 10 und eine danach folgende Unterbrechung der Sitzung. Till Petersen hält eine Gegenrede.

Der Antrag wird bei einigen Gegenstimmen und vielen Ja-Stimmen angenommen.

TOP 8 Nachwahl Ausschuss gegen Rechts

Jonas Berdelmann ist von seinem Mandat im Ausschuss gegen Rechts zurückgetreten. Als Nachfolger wird Lennart Vooth vorgeschlagen. Er stellt sich kurz vor, es gibt keine Fragen.

Auf Vorschlag des Präsidiums wird per Akklamation gewählt. Hierfür verlässt Lennart kurz den Saal.

Lennart wird daraufhin bei deutlicher Mehrheit, mit 2 Enthaltungen gewählt.

Persönliche Erklärungen während der Sitzung:

Persönliche Erklärung des Parlamentariers Daniel Lentfer:

Liebe Abgeordnete des Parlaments, liebe Gäste,

ich habe in der letzten Sitzung des Parlaments zum Antrag Heiter Weiter eine sofortige Abstimmung beantragt. Damit wollte ich auf die fortgeschrittene Zeit aufmerksam machen. Die Antragstellenden haben meinen Antrag auf Zustimmung gedeutet. Dies war jedoch nicht meine Absicht. Ich möchte mich dafür entschuldigen.

Ich habe den Antrag erneut eingebracht sowie eine Alternative geschrieben, die ich mit meiner Fraktion stelle.

Niemand kann ein Interesse daran haben, dass die einfachsten Umgangsformen im Parlament nicht mehr funktionieren, weil Misstrauen statt Vertrauen vorhanden ist.

Insgesamt halte ich die gegenwärtige Situation, besonders für Studierende die neben dem Studium arbeiten müssen, für nahezu unzumutbar. Für die Zukunft möchte ich anregen, ob in der nächsten Legislaturperiode eine allgemeine Beschränkung der Sitzungszeiten eingeführt werden soll (äquivalent zur GO des FZS).

Persönliche Erklärung des Parlamentariers Till Petersen:

Persönliche Erklärung!

Hier wurde im Parlament etwas gesagt und zwar von jemand. Darüber bin ich empört, denn das geht gar nicht. Die Behauptung ist beschämend, weil sie schmäht. Das ist ungeheuerlich. Darüber bin ich zutiefst empört und beleidigt. Ich fordere, daß das zurückgenommen wird. So kann man mit Menschen nicht umgehen. Dies zeigt nur, wes Geistes Kind das ist.

Tut mir Leid, daß ich das hier sagen muß.

Persönliche Erklärung der Parlamentarier*innen Ingo Balzereit, Arne Stamer, Martin Burmester, Luise Günther, Indi Kryg, Simon Rost, Dennis Arnold Siefer, Martin Riecke, Louise Marx, Paula Sepehr, Vivien Thom, Thomas Scholz, Sergius Kirsch, Philipp Hamer, Olaf Huth, Isabel Marcin, Bilal Gülbas, Konstantin Trybytsov, Tobias Weber, Nadine Berger, Leona Faulstich, Florian Steen, Jan Vahlenkamp, Ilka Mohrholz:

*Wir bekennen uns zu einem zivilisierten Wahlkampf. Das bedeutet für uns, dass der Wahlkampf politisch-inhaltlich und sachlich geführt wird, um allen Studierenden eine inhaltliche Grundlage für Urteilsbildung und politische Partizipation zu ermöglichen. Wir achten bei allen Listen darauf, dass die Wahlkampfarbeit aller zum StuPa kandidierenden Listen nicht behindert und mit unfairen Mitteln sabotiert wird. Alle Parlamentarier*innen sind herzlich eingeladen, die persönliche Erklärung ebenfalls zu unterzeichnen.*

Persönliche Erklärung der Parlamentarier*innen Umut Ibis und Franziska Hildebrandt:

Wir stehen für einen zivilisierten Wahlkampf auf der Grundlage des eingereichten Antrag „Für einen zivilisierten Wahlkampf“ von Fachschaftsbündnis, harte zeiten, Liste Links.

- 1. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Listen während der SP-Wahl sind politisch-inhaltlich und argumentativ im Streit um studentische Interessenvertretung und ihren Bezug zu gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu führen.*
- 2. Polemik und ironische Mittel gegen Einzelpersonen beschränken sich auf den exemplarischen Gehalt vertretener politischer Positionen. Die Kritik an den Positionen anderer wird sachlich und wahrheitsgetreu dargestellt.*
- 3. WahlhelferInnen und Präsidium nehmen im Rahmen ihrer Tätigkeit ausschließlich allgemeine, nicht "listenbornierte" Aufgaben der VS wahr.*
- 4. Es wird darauf geachtet, daß alle Listen durch andere nicht in ihrer (Öffentlichkeits-) Arbeit eingeschränkt werden.*
- 5. Wegen der verkürzten Briefwahlzeit führt das Studierendenparlament zur erweiterten Mobilisierung im Januar eine zweite Veranstaltung zur Listenvortstellung durch. Alle Listen beteiligen sich an der Ankündigung und Mobilisierung für die Veranstaltung, um einen möglichst hohen Beteiligungsgrad zu erzielen.*

*Dass dieser Antrag von den Parlamentarier*innen nicht angenommen wurde, finden wir bedauerlich.*

Wir unterstützen die weitreichende Positionierung.

Die Diskussion über diesen Antrag zeigt uns, dass solch ein Beschluss dringend notwendig ist.

Die individuelle Positionierung gegenüber einem Parlamentsbeschluss auszuspielen, lehnen wir ab.

Persönliche Erklärung des Parlamentariers Jan Vahlenkamp:

Ich hatte von Anfang an den Eindruck, dass der angekündigte Einspruch gegen die MIN-Liste keine formellen Gründe und auch nicht politisch im eigentlichen Sinne motiviert war, sondern auf eine persönliche Differenz fußte.

Am Montagabend rief mich der Listenverantwortliche der MIN-Liste an und berichtete von massiven Behinderungen seines Wahlkampfes. So soll angeblich auch versucht werden, über die FSRe gegen die MIN-Liste Wahlkampf zu machen.

Ich riet dem MIN-Listenverantwortlichen, das Thema im StuPa aufzugreifen. Überraschenderweise stellte die Liste LINKS dann selbst einen Antrag auf „zivilisierten Wahlkampf“.

Die Sitzung wird um 00:17 Uhr unterbrochen

Protokoll der Fortsetzung 6. Sitzung des Studierendenparlamentes vom 19.12.2011

Protokoll: Jan Vahlenkamp

Anwesende: Ingo Balzereit, Gunhild Berdal, Martin Burmester, Leona Faulstich, Thomas Gniffke, Bilal Gülbas, Luise Günther, Franziska Hildebrandt, Olaf Huth, Umut Ibis, Andreas Koopmann, Indi Kryg, Daniel Lentfer, Isabel Marcin, Ilka Mohrholz, Till Petersen, Martin Riecke, Simon Rost, Thomas Scholz, Sascha Schultz, Paula Sepehr, Golnar Sepehrnia, Dennis Siefer, Arne Stamer, Florian Steen, Simon Stülcken, Vivien Thom, Konstantin Trybytsov, Jan Vahlenkamp, Tobias Weber, Olaf Rohrman, Lisa Wigger

Entschuldigt:

keine*r

Abwesend:

Shiva Amiri, Nadine Berger, Swantje Böttcher, Veronika Faltermeier, Phillipp Hamer, Timo Hempel, Njuscha Khalili, Sergius Kirsch, Louise Marx, Martin Meng, Daniel

Oetzel, Morlin Schmerfeld, Fabian Schnack, Miriam Silaschi, Katja Weiden

Bei 32 anwesenden Parlamentarier*innen ist das Parlament beschlussfähig.

TOP 9 Heiter weiter

Daniel Lentfer stellt die Vorlage 7 vor. Till Petersen erläutert die Vorlage 6. Es folgt eine Debatte.

Konstantin Trybytov stellt einen Ersetzungsantrag zur Vorlage 7 vor:

„Zukunftspakt ohne Zukunft

Die Verfasste Studierendenschaft der Universität Hamburg kritisiert den sogenannten Zukunftspakt massiv.

Dieser Pakt soll die Finanzierung der Universität für die nächsten Jahre sichern, doch das zugesagte Wachstum der Mittel ab 2013 um 0,88% genügt nicht um die Inflation und die steigenden Personalkosten abzudecken. Durch die faktischen Kürzungen wird dieser sogenannte Zukunftspakt zu einem Pakt ohne Zukunft.

Wir fordern den Senat auf die Vereinbarungen des an sich bereits kritikwürdigen StePs zu akzeptieren und zu ihrer Verpflichtung zu stehen, diesen auszufinanzieren.

In der getroffenen Vereinbarung wird die Universität verpflichtet mehr Masterplätze einzurichten, jedoch wird dieses grundsätzlich begrüßenswertes Ziel aufgrund unzureichender Finanzierung nur mit einem Abbau der Bachelorplätze zu vollziehen.

Wir fordern die Unileitung ihre Pläne zur Einrichtung von mehr Masterplätzen offenzulegen und diese nicht auf Kosten der Bachelorplätze zu vollziehen.

Wir fordern von den politischen Senaten auf, eine nachhaltige und hinreichende Finanzierung der Universität sicherzustellen.

Wir fordern die Universitätsleitung auf bei der Verwendung der Gelder den Studierenden eine Mitentscheidungskompetenz einzuräumen.

Wir fordern Universitätspräsident Lenzen in Zukunft Verträge solcher Tragweite in den Universitären Gremien VOR der Unterzeichnung bekanntzumachen und die Gründe für sein Vorgehen zu darzulegen.“

Till Petersen stellt einen weiteren Ersetzungsantrag vor:

Kürzungsperspektiven nicht akzeptieren! Kampf um die Zukunft – heiter weiter!

Der größte Erfolg des bisherigen „Kampfs um die Zukunft“ ist die Herausbildung einer neuen Kultur der Solidarität. Die Rückbesinnung auf den Beitrag zu einer zivilen, sozial gerechten, demokratischen und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft als Verantwortung von Forschung, Lehre und Selbstverwaltung bildet die Grundlage dafür, die Weiterentwicklung der Hochschule und ihre entsprechende finanzielle Ausstattung gruppenübergreifend als gemeinsames Anliegen einer Großzahl der Mitglieder engagiert zu verfolgen.

Der kulturelle Gewinn durch den „Kampf um die Zukunft“ zeitigt notwendigerweise auch materielle Erfolge: Die Studiengebühren werden – wenn auch erst Ende 2012 – abgeschafft und weitgehend staatlich kompensiert. Die globale Minderausgabe wird ebenso wenig den Hochschulen auferlegt, wie die Zinskosten für die nachgelagerten Studiengebühren. Das Studierendenwerk wird überhaupt wieder staatlich bezuschußt.

Nach diesen Auseinandersetzungen haben sich Universitätspräsident Lenzen und Wissenschaftssenatorin Stapelfeldt auf einen Zukunftspakt geeinigt. Die Verfasste Studierendenschaft der Universität Hamburg akzeptiert den sogenannten Zukunftspakt nicht. Dieser Pakt soll die Finanzierung der Universität für die nächsten Jahre sichern, doch die vereinbarte Festlegung des Wachstums der Mittel ab 2013 um jährlich lediglich 0,88% genügt nicht einmal, um die Inflation und die steigenden Personalkosten abzudecken. Somit handelt es sich nicht um einen Zukunftspakt, sondern um einen Pakt ohne Zukunft.

Wir fordern von den politischen Senaten, eine nachhaltige und hinreichende Finanzierung der Universität sicherzustellen, die eine vernünftige Entwicklung der Hochschule ermöglicht: die sofortige Abschaffung der Studiengebühren und ihre vollständige, mit der Studierendenzahl dynamisierte Kompensation, die bedarfsdeckende Bezuschussung des Studierendenwerks, die Schaffung von Masterplätzen für Alle durch Mittelerhöhung statt durch Reduzierung der Bachelorplätze, die erhebliche und materiell abgesicherte Redemokratisierung der Selbstverwaltung.

Der Zukunftspakt wurde von Universitätspräsident Lenzen unterzeichnet. Er entspricht

nicht den in der Uni gebildeten Positionen. Das Studierendenparlament geht davon aus, daß die erreichten Erfolge im „Kampf um die Zukunft“ nicht vor allem durch die Verhandlungen und Verträge gesichert und ausgebaut werden können, sondern nur durch die kontinuierliche Fortsetzung dieses Kampfes.

Der „Zukunftspakt“ zwischen Hamburger Senat und Präsidium der Universität darf daher nicht mehr sein, als eine Zwischenbilanz und Ausgangspunkt für die Ausweitung des kritischen Engagements und entsprechenden Erfolgen.

Um dies zu befördern und zur Verstetigung der Produktion von Solidarität beizutragen, beauftragt das StuPa den AStA, die Initiative für eine weitere gruppenübergreifende Vollversammlung noch in diesem Semester zu übernehmen.

Daniel Lentfer zieht seine Anträge (V6 und V7) zurück.

Der Ersetzungsantrag von Konstantin Trybytsov wird mit 18 zu 11 Stimmen gegen den Ersetzungsantrag von Till Petersen angenommen.

Ilka Mohrholz überprüft die Beschlussfähigkeit des Parlaments. Es sind 32 Parlamentarier*innen anwesend. Damit ist das Parlament beschlussfähig.

Fraktionspause Liste LINKS 19:00 bis 19:15

Till Petersen bringt mehrere Änderungsanträge ein:

- 1. Den dritten Absatz zu ersetzen durch: „Wir fordern den Senat auf, die vom Akademischen Senat beschlossenen Entwicklungsvorhaben „Anforderungen an den politischen Senat“ vom 12.05.2011 zu akzeptieren und auszufinanzieren.“*
- 2. Den siebten Absatz zu ersetzen durch: „Wir fordern die BWF auf, im Rahmen der geplanten HmbHG-Novelle Bedingungen dafür zu schaffen, daß die gruppenübergreifenden Gremien wieder Entscheidungskompetenzen bei der Verteilung und Verwendung der finanziellen Mittel erhalten.“*
- 3. Den letzten Absatz zu streichen.*

Konstantin Trybytsov übernimmt die Änderungsanträge.

Der Gesamtantrag wird bei vielen Für-, einer Gegenstimme und mehreren Enthaltungen angenommen.

Ilka Mohrholz verliest eine persönliche Erklärung von Tobias Weber:

Auf dem ersten Teil der sechsten Sitzung des Studierendenparlaments am 8. Dezember 2011 brachten Mitglieder der AStA-Koalition eine persönliche Erklärung zum Thema Zivilwahlkampf ein, zu der sie auch Parlamentarier_Innen der Opposition einluden. Auch ich habe diese persönliche Erklärung unterzeichnet, da ich sie inhaltlich unterstütze. In der gleichen Sitzung wurde allerdings der Antrag „Zivilwahlkampf“ ohne Angabe von Gründen und ohne Verbesserungsvorschläge mit den Stimmen der AStA-Koalition abgelehnt. Dieses Vorgehen finde ich unverschämt und unverständlich. Insbesondere, dass dieses Vorgehen anscheinend von vornherein geplant war, die Parlamentarier_Innen, die gebeten wurden die Erklärung mit zu unterschreiben, darüber aber nicht in Kenntnis gesetzt wurden, empfinde ich als Verarschung. Dass die CampusGrünen sich zu einem solchen Verhalten hinreißen lassen, lässt mich befürchten, dass sie jetzt endgültig bei der sogenannten „Vernunft“ angekommen sind.

Nun kann ich nur vermuten, dass dieses schizophrene Verhalten durch den Koalitionszwang hervorgerufen wurde. Das wirft aber die Frage auf, wieso er bei diesem Antrag, der als reine Willenserklärung keine automatischen Folgen hat, bestand, während er bei einer so wichtigen Entscheidung wie der über die Übergangsregelung für das IRef/ARat/RIS anscheinend aufgehoben wurde.

Ich fordere alle wirklich vernünftigen Menschen dieser Koalition auf, sich Gedanken darüber zu machen, wer hier eigentlich über wen Macht ausübt und ob das Bestehen dieser Koalition es wirklich Wert ist, sich so auf der Nase herumtanzen zu lassen.

TOP 10 Gebühren weg konesquent

Golnar Sepehrnia stellt den Antrag vor. Es folgt eine Debatte.

Martin Riecke stellt zwei Änderungsanträge:

Streiche vom Wort „bisweilen“ bis zu dem Wort „AStA“ und „des Bezahlstudiums“.

Till Petersen übernimmt die Änderungen.

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

TOP 11 Verschiedenes

Franziska Hildebrandt berichtet über die kommenden Frauen-Vollversammlung.

Till Petersen bittet alle Listen, mit Rücksicht auf Rollstuhlfahrer*innen die Plakate vom Weg vorm Eingang der WiWi-Mensa abzuhängen.

Golnar Sepehrnia berichtet von der Kritik des Uni-Suchtbeauftragten am AStA-Pokerturnier und über die bevorstehende Wahlkampfdebatte im Januar.

Till Petersen bittet das Präsidium, der LHG die Ankündigung eines falschen Termines der StuPa-Wahl zu untersagen.

Die Sitzung wird um 19:55 Uhr beendet.

